# Mittags-Ausgabe.

# Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

| 3. Jahrg. 1936 | Berlin, Freitag, 19. Juni | Nr. 797 |
|---|---|---|


### Glückwunsch des Führers an Hugenberg.

**Berlin, 19. Juni.** Der Führer und Reichskanzler hat an Geheimrat Dr. Hugenberg folgendes Glückwunschtelegramm gesandt:

„Zu Ihrem heutigen 71. Geburtstage sende ich Ihnen in Erinnerung an gemeinsame Arbeit im Dienste der Wiedererneuerung des Deutschen Volkes herzlichste Glückwünsche.

Adolf Hitler."

### Aus der Berliner Diplomatie.

**Berlin, 19. Juni.** Der Norwegische Gesandte Scheel hat Berlin am 14. d. M. verlassen. Während seiner Abwesenheit führt Legationsrat Stang die Geschäfte der Gesandtschaft.

### Vereinheitlichung der Zuständigkeit in Vormundschafts- und Nachlaßsachen.

**Berlin, 19. Juni.** Der Reichsminister der Justiz hat am 10. Juni 1936 eine Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Vormundschafts- und Nachlaßsachen erlassen, die der Vereinheitlichung der Rechtspflege für das ganze Reichsgebiet dient.

Im Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch war den Ländern eingeräumt, die Aufgaben des Amtsgerichtes in Vormundschafts- und Nachlaßsachen anderen Stellen zu übertragen. Von dieser Vorschrift haben einzelne Länder Gebrauch gemacht. So sind in Mecklenburg Gemeindebehörden, in Württemberg die Bezirksnotare, in Baden und in preußischen Teilen des Rheingebietes die Notare für gewisse vormundschafts- und nachlaßgerichtliche Aufgaben zuständig.

Die Verordnung des Reichsministers der Justiz stellt demgegenüber den Grundsatz auf, daß im ganzen Reich nur noch die Amtsgerichte für Verrichtungen des Vormundschafts- und Nachlaßgerichts zuständig sein sollen. Doch wird dieser Grundsatz nicht alsbald durchgeführt. Der Reichsarbeitsminister der Justiz behält sich vielmehr vor, im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen den Zeitpunkt und den Umfang des Uebergangs der Zuständigkeiten im Einzelfall zu bestimmen. Auf diese Weise ist es möglich, allen örtlichen Schwierigkeiten und Notwendigkeiten voll und ganz Rechnung zu tragen.

### Die Bauerntumstagung der HJ.

**Frankfurt a. d. Oder, 19. Juni.** Die Bauerntumstagung der Hitler-Jugend behandelte eine Reihe von grundsätzlichen und praktischen Fragen der nationalsozialistischen Bauernpolitik und der Jugendarbeit auf dem Lande.

Die vordringlichste Gegenwartsaufgabe der Agrarpolitik stellte Reichshauptabteilungsleiter **Dr. Brummenbaum** in seinem Vortrag über die deutsche Erzeugungsschlacht heraus. Er betonte, daß die Erzeugungsschlacht nicht nur das Landvolk angehe, sondern eine nationalpolitische Angelegenheit des ganzen Volkes sei. Diese gewaltige Aktion zur Sicherung unserer Nahrungsfreiheit sei nur möglich auf Grund der Markt- und Preisregelung durch die Reichsnährstandspolitik.

Der Leiter des Sozialen Amtes der Reichsjugendführung, Obergebietsführer **Axmann**, umriß die Sozialarbeit der deutschen Jugend, von der die Jugendarbeit auf dem Lande einen wesentlichen Teil ausmache. Er begrüßte mit besonderer Genugtuung die vom Reichsnährstand herausgegebene Landarbeitsordnung. Er kündigte an, daß die Uebungswirtschaft, die als zusätzliche Berufsschulung vornehmlich von den kaufmännischen Berufen durchgeführt wurde, demnächst auf alle handwerklichen Berufe ausgedehnt werde.

Eine Reihe von Vorträgen war den Fragen der bäuerlichen Schulung und Führerausbildung gewidmet.

Nach einem Vortrag des Reichshauptabteilungsleiters **Haidn** über „Erziehung zur Bodenständigkeit" betonte der Beauftragte des Reichsbauernführers beim Reichsjugendführer, Oberbannführer **Bofinger**, daß die Landjugend unter der politischen Führung der Hitlerjugend einheitlich und zielbewußt ausgerichtet sei zum sachlichen Einsatz für die Erzeugungsschlacht und die nationalsozialistische Bauernpolitik im Reichsnährstand.

### Protest der englischen Arbeiterpartei.

**London, 19. Juni.** Nach der Unterhaus-Aussprache richtete die parlamentarische Fraktion der Arbeiterpartei einen Protest an die englische Nation.

Darin heißt es, die ganze Zukunft des Völkerbundes und des Weltfriedens stehe auf dem Spiele. Die britische Regierung habe ihre feierlichen Versprechungen, daß der Völkerbund und die kollektive Sicherheit der Angelpunkt der britischen Politik bleiben würden, gebrochen und sei jetzt bereit, nicht nur den italienischen Angriff in Abessinien zu verzeihen, sondern das ganze kollektive Sicherheitssystem aufzugeben. Die Regierung befürworte die Begrenzung der Völkerbundsfunktionen und die Zurückziehung Englands von jeder Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung des Friedens außerhalb gewisser enger Gebiete, in denen England Sonderinteressen habe.

Die Annahme einer solchen katastrophalen Politik würde zu neuen Angriffshandlungen ermutigen und den Völkerbund zu einem leeren Blendwerk machen. Die Krise müsse als eine Gelegenheit benützt werden, um das Ansehen des Völkerbundes wiederherzustellen.

Schließlich ruft die Arbeiterpartei alle „Männer und Frauen guten Willens" auf, sich für die Verteidigung der kollektiven Sicherheit, des Friedens und der Gerechtigkeit durch den Völkerbund zusammenzuscharen. Die Oeffentlichkeit wird aufgefordert, ihre Meinung noch vor der Völkerbundsratstagung durch öffentliche Kundgebungen, Entschließungen und Briefe an den Ministerpräsidenten und die Abgeordneten kundzutun.

### Das Echo der Eden-Erklärung.

**London, 19. Juni.** Mit Ausnahme der Oppositionsblätter, die ihre Angriffe gegen die Regierung weiterhin verschärfen, stellt sich die Morgenpresse hinter die Erklärung Edens, daß England in Genf die Aufhebung der Sühnemaßnahmen befürworten werde.

**Times** schreibt, die öffentliche Meinung billige die Stellungnahme der Regierung. Gleichzeitig verlange sie jedoch von der Regierung eine energische und fähige Führung der Geschäfte, deren Ziel es sein müsse, den Friedensgedanken am Leben zu erhalten und die Folgen der dem Völkerbund zugefügten Schlappe einzuschränken. Englands Minister hätten nun erst recht die Pflicht, eine positive Außenpolitik zu betreiben. Das bedeute nicht, daß die ganze Verantwortung für das Scheitern der Sanktionen auf den Schultern Englands ruhe.

Wenn man in Paris ebenso von dem Wunsch beseelt gewesen wäre wie in London, ehrlich der Völkerbundssatzung zum Sieg zu verhelfen, dann hätte unzweifelhaft auch ein nicht vollzähliger Völkerbund sein Ziel erreichen können. Aber die Opportunitätspolitik Lavals habe die Pariser Friedensvorschläge entstehen lassen, die der Anfang vom Ende gewesen seien. Es bedeute keinen Makel für das britische Volk, daß es sechs Monate lang an der Fortsetzung der Völkerbundsbemühungen festgehalten habe. Wenn die Sanktionen nun aufhörten, so bedeute das nicht, daß die Schande getilgt sei; eine ganze Kette von Versprechungen sei in einer Weise gebrochen worden, die in der neueren Geschichte einzig dastehe. Dieser Vorwurf bestehe weiter.

Durch die Aufhebung der Sühnemaßnahmen werde das Vertrauen zu Italien nicht wiederhergestellt, das nicht nur in England erschüttert sei. Die sogenannte Stresafront bleibe ein Trümmerhaufen; ferner verpflichte die Aufhebung der Sanktionen England nicht zur Anerkennung der Eroberung Abessiniens. Das britische Volk höre mit Freuden, daß die normalen englischen Verteidigungsanlagen im Mittelmeer fortlaufend verstärkt werden sollten und daß das gewissen Mittelmeermächten gegebene Versprechen, mit dem Völkerbund zusammenzuarbeiten, aufrechterhalten bleibe.

Im übrigen wolle das englische Volk die positiven Ziele der englischen Politik in der Zukunft wissen. Beinahe einstimmig erkenne die englische Oeffentlichkeit die Notwendigkeit an, Englands führende Rolle und seinen Einfluß in der Weltpolitik durch entsprechende Rüstungsmaßnahmen zu unterstützen; sie werde jedoch keine Sicherheitsauffassung dulden, die sich mit Stillschweigen zufriedengebe. Wichtig sei die von Eden und Baldwin wiederholte Erklärung, daß der Völkerbund immer noch die Achse der britischen Politik sei. Ob England durch die Ereignisse einmal genötigt sein könnte, zum System der Bündnisse zurückzukehren, könne man nicht voraussagen. Aber das Empfinden des englischen Volkes verlange, daß die Regierung dafür tätig sei, einem derartigen verhängnisvollen Rückfall vorzubeugen.

**Daily Telegraph** stellt fest, daß Eden eine schwierige und schmerzliche Pflicht zu erfüllen gehabt habe. Es habe außerordentlichen Mut erfordert, die Aufhebung der Sühnemaßnahmen zu befürworten. Aber ein fortgesetzter Druck auf Italien könne auch in Abessinien nichts ändern, auch nicht ein Krieg, bei dem England so gut wie allein dagestanden hätte. Eden habe selbst zugegeben, wie peinlich das Versagen des Völkerbundes sei. Er ziehe eben daraus die Lehre, daß dieser Versager abgebucht und die Arbeit des Wiederaufbaues in Angriff genommen werden müsse.

Die konservative **Morning Post** begrüßt die Erklärung Edens mit größter Genugtuung. Die Sanktionspolitik gegen Italien sei eine Beleidigung des gesunden Menschenverstandes und eine Bedrohung des europäischen Friedens. Durch ihre mutige Entscheidung, diese Politik zu beendigen, habe die britische Regierung ihre Entschlußfreiheit wiedergewonnen.

**Daily Mail** erklärt, der Völkerbund werde, nachdem die Sühnemaßnahmen begraben seien, verschwinden. Niemand werde das bedauern. Seine Maßnahmen seien mit die Ursachen der heutigen unglücklichen Lage Europas.

**Daily Herald** schreibt, die Regierung plane anscheinend eine vollständige und bedingungslose Kapitulation. Die „feierlichen Völkerbundsverpflichtungen" der englischen Regierung von ehedem seien zu Papierfetzen geworden. Das englische Volk sei öffentlich entehrt worden.

In ähnlichem Tone schreibt die liberale **News Chronicle.**

Mehrere Morgenblätter heben die Erklärungen Edens über die Notwendigkeit der deutschen Mitarbeit für den Frieden Europas hervor. **Times** schreibt: „Die britische künftige Europa-Politik wird der entscheidende Faktor in der Zukunft des Völkerbundes, d. h. in der Zukunft der wirtschaftlichen und politischen internationalen Zusammenarbeit, sein. Ihr greifbares Ziel kann nur durch Verhandlungen mit Deutschland erreicht werden. Die Gelegenheit ist jetzt gegeben."

„Papierne Kreuzverhöre" seien umständlich und unergiebig. Man könne auch von jemandem, mit dem man verhandeln wolle, nicht verlangen, daß er zunächst vor aller Oeffentlichkeit Zusicherungen über sein künftiges Wohlverhalten gebe. Ein solches Ersuchen werde den Wunsch nach Beratungen nicht fördern. Besprechungen allein könnten erweisen, ob es grundlegende Gegensätze zwischen den britischen und den deutschen Zielen gebe.

**Paris, 19. Juni.** Der Beschluß der britischen Regierung, die Sanktionen gegen Italien aufzuheben, wird von der Presse in langen Betrachtungen behandelt. Der **Temps** sagt, man könne sich zu diesem Entschluß nur beglückwünschen, da er zu einer dauerhaften Klärung der internationalen Lage beitragen werde. Für die Regierung eines großen Landes sei es stets peinlich, öffentlich die Niederlage einer Politik zuzugeben. Aber es sei stets verdienstvoll, diese Politik zu berichtigen, anstatt in einem Irrtum weiter zu beharren. Der „Temps" schließt seine Betrachtungen mit Ausfällen gegen Deutschland.

Das **Journal des Débats** meint, was Genf jetzt mache, sei von nachgeordneter Bedeutung. Wesentlich sei, daß dieses für die nationale Wirtschaft kostenreiche und für die diplomatischen Interessen schädliche Experiment beendet sei.

Die **Information** schreibt, die britische Regierung sei von Besorgnissen zweierlei Art bewegt, 1. von der gewaltigen Entwicklung der militärischen Stärke Deutschlands, 2. von der inneren Lage Frankreichs. Großbritannien sei über Deutschland, von dem es noch immer keine Antwort erhalten habe, beunruhigt, und es frage gleichzeitig, wohin Frankreich steuere.

Pertinax wundert sich im **Echo de Paris** über die Behauptung Edens, daß Frankreich in der Sanktionsfrage seine Ansicht nie geäußert habe. Außenminister Delbos habe gerade darüber eine sofortige Unterredung mit Eden herbeiführen wollen. Aber das englische Außenamt habe es vorgezogen, auf eigene Faust zu handeln. Für die Zukunft könne man hoffen, daß sich die britische Regierung auf die deutsche Frage konzentriere.

D'Ormesson erklärt im **Figaro**, Baldwin und Eden hätten es verstanden, aus der Lähmung der französischen Politik und aus ihren Mißgriffen Nutzen zu ziehen. Die diplomatische Operation sei auf dem Rücken Frankreichs ausgetragen worden und zwar ausgerechnet auf dem Rücken derjenigen französischen Regierung, die am stärksten nach England hinneige. Die Verantwortung trage französischerseits Blum, der sich dem Vorschlag der damaligen Regierung Sarraut widersetzt habe, mit Rom in unmittelbare Verhandlungen einzutreten.

**Petit Journal** und **Oeuvre** knüpfen an die Tatsache, daß Eden auch die Verhandlungen mit Deutschland berührte, polemische Ausführungen über die deutsche Politik, die nur von dem Wunsch diktiert sind, gegen Deutschland Stimmung zu machen.

**London, 19. Juni.** Nach einer Reuter-Meldung aus Genf wird der britische Beschluß zu Gunsten einer Aufhebung der Sanktionen in Völkerbundskreisen als „unverständlich und beinahe unglaublich" bezeichnet. Es werde erklärt, daß England weitgehend unterstützt worden wäre, wenn es sich für die Aufrechterhaltung oder Verstärkung der Sanktionen entschieden hätte. Durch die Aufgabe der Sanktionen verliere der Völkerbund seine einzige Waffe, und England werde durch seine Initiative an Ansehen verlieren.

**Rom, 19. Juni.** Die Rede Edens war am Donnerstag abend in der italienischen Hauptstadt nur in einem kurzen Auszug bekannt, dessen Inhalt freilich in journalistischen und politischen Kreisen bei aller Anerkennung der einstimmigen Abkehr der englischen Regierung vom Sanktionskrieg mit einer fühlbaren Zurückhaltung aufgenommen wird. Der Anlaß dazu scheint vor allem das beabsichtigte Weiterbestehen der von England mit mehreren Mittelmeerstaaten getroffenen Flottenabmachungen und die Ankündigung zu sein, daß England im Mittelmeer dauernd ein verstärktes Flottenaufgebot unterhalten wolle.

**London, 19. Juni.** Wie aus Ottawa gemeldet wird, teilte der kanadische Ministerpräsident im Unterhaus mit, daß die kanadische Regierung die Einstellung der Sühnemaßnahmen unterstützen und ihren Völkerbundsvertreter dementsprechend anweisen werde.

In Kapstadt ist der Beschluß der britischen Regierung, die Sanktionen aufzuheben, sehr ungünstig aufgenommen worden. Das führende Blatt Cape Times bezeichnet die Rede Edens als eine der „erniedrigendsten" Erklärungen, die jemals ein britischer Außenminister abgegeben habe. Die britische Regierung sei führend vorangegangen, um dem Ansehen des Völkerbundes den vernichtendsten Schlag zu erteilen, den er jemals erlitten habe.

### Vierzig-Stunden-Woche vom Senat angenommen.

**Paris, 19. Juni.** Der französische Senat hat in einer Nachtsitzung das Gesetz über die 40 Stunden-Woche mit 182 gegen 84 Stimmen verabschiedet.

Ministerpräsident Léon **Blum** führte im Verlauf der Sitzung aus, daß man dem Gesetz über die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche die notwendige Geschmeidigkeit geben müsse. Die Regierung habe deswegen dieses Gesetz vorgeschlagen, nachdem sie sich mit den zuständigen Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Organisationen sowie mit dem nationalen Wirtschaftsrat beraten habe. Er sei überzeugt, daß alles, was die Kaufkraft der Bevölkerung steigere, sich zum Heil der Landwirtschaft auswirken werde. Deswegen umfasse seine Politik nicht einen auf gewisse Gruppen der Arbeiter beschränkten Fortschritt, sondern auch den Fortschritt der Landarbeiter.

Der Vorsitzende des Handelsmarineausschusses des Senats, Senator **Rio**, erklärte, die Handelsmarine sei als internationale Industrie bisher genötigt gewesen, in drei Schichten zu je acht Stunden zu arbeiten; wenn das Gesetz der 40stündigen Arbeitswoche unbedingt angewandt werden solle, müsse sie zukünftig vierschichtig arbeiten, was natürlich die Gewinnmöglichkeit herabsetzen würde. Die Lasten infolge der Einführung des neuen Gesetzes hätten zur Folge, daß die Mehrzahl der französischen Schiffe abrüsten müsse. Es sei vom Gesichtspunkt der nationalen Verteidigung aus unzulässig, daß infolge des neuen Gesetzes gewisse Bauten Verspätungen erlitten.

Hierauf erwiderte Ministerpräsident Léon **Blum**, es sei klar, daß für die französische Handelsmarine, der gegenüber die ausländische Konkurrenz eine besondere Rolle spiele, eine internationale Abmachung wünschenswert wäre. Aber er hoffe, daß die Initiative der französischen Regierung vom internationalen Gesichtspunkt aus betrachtet, glückliche Rückwirkungen haben werde und, wie es scheine, rechtfertigten die letzten Beschlüsse in Genf diese Ansicht in besonderem Maße.

Auf einen Antrag zweier Senatoren, die Ausnahmebestimmungen für die Ausfuhrindustrie und besonders für die Saisonindustrie verlangten, entgegnete Ministerpräsident Blum, er erkenne an, daß die Lage der Ausfuhrindustrie und der Saisonindustrie besonders tragisch sei, da Frankreich mit Verlust ausführe. Es scheine, daß die französischen Ausfuhrpreise niedriger als die Weltmarktpreise lägen. Man stehe also einer Art von Dumping gegenüber, ohne davon Nutzen zu haben. Die neuen Reformen der Regierung sollten den inneren französischen Markt beleben und damit auch die Lage der französischen Ausfuhrindustrie verbessern. Selbstverständlich werde die Regierung in dieser schwierigen Uebergangszeit die Ausfuhrindustrie tatkräftig unterstützen. Besonders auf dem Gebiet der Kreditorganisation werde man der Ausfuhrindustrie und ihrer Finanzierung einen besonderen Platz einräumen.

### Streikunruhe in Amerika.

**New York, 19. Juni.** Wie aus Kent (Ohio) gemeldet wird, kam es vor der dortigen Werkzeugfabrik, die seit zwei Monaten bestreikt wird, zu einem blutigen Gefecht zwischen 3000 Streikposten, die mit Gewehren bewaffnet waren, und bewaffneten Arbeitswilligen. Bei dem Kugelwechsel wurden 14 Mann verwundet, darunter einige schwer.

Die Unruhen begannen, als die Streikposten versuchten, zwei Lastkraftwagen mit Arbeitswilligen an der Einfahrt in die Fabrik zu hindern. Die Arbeitswilligen eröffneten ein heftiges Gewehrfeuer und warfen Tränengasbomben, um sich die Einfahrt zu erzwingen, worauf die Streikposten das Feuer erwiderten.

AT LOS ANGELES

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.